

Deutsches Reich.

**Berlin, 24. Febr.** Von dem neuerrichteten Gold-  
 wahlkreise sind nun einige Personen geworden worden,  
 welche aus dem Schutzbetriebe in Südwestfalen thätig sein  
 sollen. Zunächst ist ein Herr Franzen, der früher im  
 Dienste des Herrn Ueblich stand und auf dem Gebiete von  
 Anger Regens thätig war, als Geschäftsführer mit dem Siege  
 in Westfalen angenommen worden; dann wird sich nächstens  
 der Herr Jochen Mandel aus Altenböden nach  
 Südwestfalen begeben, um im Auftrage des Syndikus nach den  
 Metalllagern zu sehen. Daran ist erklährlich, daß die Ver-  
 handlungen mit dem Schmelzer Klein nicht zum Ziele geführt  
 haben, sondern tritt daraus hervor, daß man hauptsächlich  
 aus Mangel an Mitteln, zu einem Vertrage mit einem er-  
 forderlichen Vergütung nicht gekommen ist, und nur  
 einen praktischen Bergmann angenommen hat, der an-  
 scheinend allein das Gebiet abhaken soll. Außerdem müssen  
 aber von neuem mehrere Wagen und die dazu gehörigen  
 Kosten angekauft werden, um den Verkehr zwischen der  
 Westfalen und dem Hinterlande zu ermöglichen. Die  
 Kolonialgesellschaft für Südwestfalen hatte demnach  
 ihre guten und thätigen Führer verliert. Doch wird es  
 einen niedrigen Preise an die Handelsgesellschaft, südwestfälische  
 Compagnie überlassen, um selbst jeder Thätigkeit dort ent-  
 gehen zu sein. Schon aus dieser äußerlichen Angaben und  
 Andeutungen ist zu erkennen, daß das Goldschmelz mit  
 seinem geringen Kapitale — es sollen nur 300,000 M. an-  
 gebracht sein — nicht viel wird ausrichten können. Wenn  
 nicht andere Wege eingeschlagen werden, so ist nichts davon  
 zu erwarten. Eine andere Frage ist die über den Entwurf  
 einer Kaiserl. Verordnung zur Regelung des Abbaues  
 der Gold- und Diamantlager, wie verlangt, ist jetzt ein  
 neuer begünstigter Entwurf bereits fertiggestellt. Doch wird es  
 aus verschiedenen Gründen als unthunlich betrachtet, daß  
 diese Verordnung vollständig noch nicht veröffentlicht werden  
 und damit in Wirksamkeit trete. Zunächst müßte hier erst  
 noch eine Klärung der Verhältnisse eintreten. Dann aber  
 würde die Verordnung in ihrer jetzigen Gestalt  
 mancherlei Schwierigkeiten hervorrufen. Unter dem Gesicht-  
 punkte, daß nach den ungewissen Goldvorkommen in  
 der Gegend der Kolonialgesellschaft sich eine kapitalstärkere und  
 thätigere Mininggesellschaft bilden werde, wurde dahin gewirkt,  
 ihr das ausschließliche Abbaurecht zu gewähren, damit alle  
 nützlichen Elemente von jenem Gebiete ferngehalten würden.  
 Nunmehr scheint die aufgestellte Verordnungsbestimmung,  
 daß das ausschließliche Abbaurecht der Kolonialgesellschaft zu-  
 fällt und diese will das Goldschmelz überweisen. Das wäre  
 gleichbedeutend mit einer Vernichtung jeder frucht-  
 bringenden Thätigkeit dort. Dann aber würde durch die Be-  
 stimmungen des Entwurfes dem Goldschmelz alles bisher  
 dort Erworbenes an Goldmetall zufallen. Es haben aber, wie  
 bereits mitgeteilt, eine Anzahl von Personen Goldmine ge-  
 macht und sich gegen ihres Antheils an dem Reichsminister  
 gewendet. Sie konnten damals keinen bestimmten Scheidung  
 erhalten, da alle dahin gehörigen Fragen erst in Berlin zu ent-  
 scheiden waren. Auf englischen Verleite erhalten die Entdecker  
 von Goldlagern nicht nur einen Antheil an den gemachten  
 Funden, sondern auch eine Prämie. Es ist nun nicht recht  
 denkbar, wie man den Entdecker, die nicht nur die besten  
 Gebiete sehr Behauptung vorantreiben und nicht nur das ge-  
 sundere Gold, sondern auch zugleich die Goldreife dem Gold-  
 schmelz überweisen kann.

**Berlin, 25. Febr.** Die Reichstags-Kommission für  
 das Eingetragte ist heute in die zweite Session eingetreten,  
 ohne dabei bereits zu Beschlüssen zu kommen. Die Debatte be-  
 zogen sich im wesentlichen um die einander gegenüberstehenden  
 Urtheile von Abg. Wilmann und Abg. Decker. Der letztere nimmt  
 prinzipiell den Namen „Wein“ nur für Traubenobst oder jeden Traub in An-  
 spruch, gefolgt aber das „Berechnen“ unter der Verbindung des  
 Deklarationszweckes, was aber nicht die Bezeichnung „Wein“  
 auf bei einem Traube von Zucker und Wasser ist zu verstehen,  
 welches und verbleibt im Falle des Zuckers nur die Bezeichnung  
 „reiner Wein“, „Naturwein“ u. dergl. Die Regierungs-  
 vertreter machen Bedenken nach beiden Seiten geltend. Am  
 Ende der Verhandlungen des Gesetzes in der gegenwärtigen Session  
 ist nicht zu denken.

Deutscher Reichstag.  
4. Session. 7. Legislaturperiode.

**25. Sitzung vom 24. Februar.**  
 Präsident v. Bebel: Presbost eröffnet die Sitzung um 1 Uhr.  
 Eingegangen ist ein Beschlusseckel die Widmung nicht mehr  
 bestehender Firmen in Bundesverzeichnisse.  
 Das Haus tritt zunächst in die erste und zweite Beratung des  
 vom Abg. Goldschmidt eingebrachten Gesetzentwurfes  
 betr. die Aenderung des Gesetzes über den Verkehr  
 mit Blei- und zinnhaltigen Gegenständen vom  
 25. Juni 1887 in Verbindung mit dem Verdicke über die dazu  
 eingegangenen Petitionen.  
 Abg. Goldschmidt beantragt, daß die Bestimmungen des  
 erwähnten Gesetzes auf das Seilhalten und Verlassen von Kon-  
 sernen erst vom 1. Oct. 1889 an Anwendung finden.  
 Staatssekretär v. Voeltzkow: Die Prüfung der zu Frage  
 bei der Revision der Bestimmungen des Termins um 1 Jahr  
 der Miltigkeit entspricht. Der Bundesrath hat sich dafür  
 erklärt.  
 Abg. D. Meyer-Sena bemerkt, daß eine Anzahl von Hand-  
 werker wie Zinngießer u. s. w. sich in derselben Lage wie die  
 Konservenfabriker befinden, es sei daher billig, den Verkauf der  
 vorhandenen Bestände gleichfalls bis zum 1. Oct. 1889 zu ge-  
 statten.  
 Abg. Goldschmidt erklärt sich gegen diesen Antrag, da es  
 nicht möglich, seine Berechtigung sofort zu prüfen.  
 Staatssekretär v. Voeltzkow: Ich gleichfalls gegen diesen An-  
 trag. Im Falle der Konservenfabriker ist das Bedürfnis nicht  
 erachtet, nicht aber in dem von Abg. D. Meyer zur Sprache  
 gebrachten. Wäre auch hier ein großes Interesse vorhanden  
 gewesen, so würden die Bestimmungen gewiß auch hinsichtlich  
 dieser Fabrikation haben. Außerdem habe man in der Zwischenzeit  
 noch eine große Menge handelsüblicher Waaren angefertigt und  
 diese nun nicht noch abzugeben. Dies Unterliegen dürfte man  
 nicht unterliegen.  
 Abg. D. Meyer-Sena beantwortet nochmals seinen Antrag:  
 anstelle der Worte: „auf den Verkauf und Verlassen von Kon-  
 sernen“ zu setzen: „über das Seilhalten und Verlassen der in  
 § 3 bezeichneten Gegenstände.“  
 Der Antrag Meyer wird abgelehnt, der Gesetzentwurf des  
 Abg. Goldschmidt angenommen.  
 Es folgt die zweite Beratung des Vogelstich-  
 Gesetzes.  
 Hierzu haben die Abg. Baumbach und Gen. eine Reihe von  
 Änderungsanträgen gestellt.

Der Änderungsantrag zu § 1, welcher lediglich redaktioneller  
 Natur ist, wird angenommen.  
 Zu § 2 beantragt der Abg. Baumbach und Gen. das Verbot  
 einschneidender auf: jede Art des Fangens (im Entwurf: des  
 Fangens und der Erlegung) von Vögeln.  
 Abg. D. Meyer-Sena beantwortet die Annahme der Regie-  
 rungsvorlage.  
 Abg. D. Vermees scheidet in dem Verbot des Erlegens eine  
 Härte, wenn  
 Abg. D. Meyer-Sena erklärt, daß die Härte in dem Erlegen kleiner  
 Vögel mit der Vogelfalle liegt.  
 Nachdem Staatssekretär v. Voeltzkow für den Fall der An-  
 nahme des Antrages Baumbach die Zustimmung des Bundesraths  
 in Aussicht gestellt, wird § 2 des Gesetzes mit dem Antrag  
 Baumbach angenommen.  
 § 3 und 4 werden ohne Debatte angenommen.  
 § 5 erhält nach dem Antrage der Abg. Baumbach und Gen.  
 nach kurzer Diskussion folgende Fassung:  
 Vögel, welche dem jagdbaren Feder- und Haarviele und  
 dessen Brut und Jungen, sowie Früchte und deren Brut nach-  
 suchen, dürfen nicht erlegt werden. Die nachstehenden Bestim-  
 mungen über Jagd und Verbot von Jagd- oder Fährten-  
 berechtigung und deren Beauftragten gelten.  
 Wenn Vögel in Wäldern, Gärten, besetzten Feldern,  
 Baumplantagen, Gärten und Schutten Schaden an-  
 richten, können die von den Landesregierungen bezeichneten  
 Behörden, den Jagdberechtigten und Jagdverwaltern, der  
 Grundbesitzer und der Beauftragten der Jagd- oder Fährten-  
 beamten Jagd- und Fährten, Jagdfrüchte (u. s. w.), soweit  
 dies zur Abwendung dieses Schadens notwendig ist, das  
 Töten solcher Vögel innerhalb der betroffenen Dörferlichkeit  
 auch während der in § 3 Absatz 1 bezeichneten Zeit gestatten.  
 Das Festhalten der Vögel darf aufgrund solcher Erlaubnis  
 erlegt Vögel nicht unzulässig.  
 Genossenschaften in der Absatz 2 bezeichneten Behörden einzelne  
 Ausnahmen von den Bestimmungen in § 1 bis 3 dieses Gesetzes  
 zu öffentlichen oder Lehrgängen, sowie zum Fang von  
 Entenbügeln für eine bestimmte Zeit und für bestimmte Dörfer-  
 licheit gestatten.  
 Der Bundesrath kann bestimmen die näheren Voraussetzungen, unter  
 welchen die in Absatz 2 und 3 bezeichneten Ausnahmen statthaft  
 sein sollen.  
 Von der Vorschriften unter § 2 kann der Bundesrath für bestimmte  
 Bezirke eine allgemeine Ausnahme gestatten.  
 § 6 wird nach einigen Bemerkungen des Abg. Klamm un-  
 ter Beibehaltung angenommen.  
 Zu § 7 beantragt Abg. Baumbach und Gen. folgenden  
 neuen Absatz 2:  
 Ist die Verfolgung oder Vernichtung einer bestimmten  
 Art von Vögeln notwendig, so können die im vorstehenden Absatz  
 bezeichneten Maßnahmen selbständig erlassen werden.  
 Bei diesem Zusatz wird § 7 nach kurzer Diskussion an-  
 genommen.  
 Zu § 8, welcher die Ausnahme des Gesetzes statuiert, beantragt  
 Abg. D. Meyer-Sena, den Satz auf die Wälder aus-  
 zudehnen, indem er anführt: Mit der Tendenz des Antrages  
 können wir einverstanden sein. Es handelt sich hier aber um den  
 Schutz eines ganz anders bedingten Vögelstammes. Denn nach  
 meinen Erfahrungen, die mit denen der Jagdberechtigten  
 und Jäger übereinstimmen, geht der Vögelbestand ganz be-  
 merklich und. Und der Vögelbestand gehört zu dem Charakteristischem  
 der deutschen Landschaft, wie der Giebelbau zum Walde, und der  
 hohe Aufwuchs zum Garten. Ich möchte, ich könnte einen  
 Schatz in diesen Wald bringen, der Ihnen den Wohlstand in dem  
 Vögelbestand verleiht. Jeder Jagder ist die Mühseligkeit an dem  
 Wangel des Vögelstammes, der schon seit einer Reihe von Jahren  
 vergeblich in den Gärten der Reichstags zu leben versucht ist. Ich  
 weiß ja, meine Liebe für die Gänge ist gegenüber der Jagd  
 und dem Giebelbau an Wäldern in der Minorität. Aber ein  
 Giebelbau hat haben, er braucht nur reichlich der Giebelbau  
 haben zu einer Wälder zu sagen: Una quaglia con polenta; questo  
 e tutto mio Italiano. (Heiterkeit.)  
 Nach einigen Bemerkungen des Abg. Fürst v. Saldern wird  
 Abg. D. Meyer-Sena, nachdem der Geheimrath diese sich  
 gegen eine derartige exemplarische Behandlung der Wälder erklärt,  
 für die Vorlage einen Antrag zurück.  
 Bezüglich des Stammesvogelgesetzes, welcher nach dem Antrag  
 Baumbach und Gen. in der Zeit vom 21. Sept. bis 31. Sep-  
 tember sein soll, beantragt Abg. D. Meyer-Sena statt 21. Sep-  
 tember 1. Okt. unter folgender Begründung: Die Zeit vom  
 1. Okt. bis 31. Nov. wie sie sich in Dresden beziehe, ist für  
 die Wälder der Reichstags durchaus geeignet. Der Monat  
 Dezember ist unerschicklich, dagegen ist der Monat  
 21. Sept. bis 1. Okt. nach mancher Vögelstammes, so auch  
 unter Umständen die Strohweide, freiwillig ergriffen und so der  
 Härte des Gesetzes entgegen. Prinzipiell ist inwieweit für Streckung  
 des ganzen Abtrages, womit der faktuelle Werth des ganzen Ge-  
 setzes sinkt und fällt. Wenn das Deutsche Reich nicht mit guten  
 Beweisen vorangeht, welche sich bezogen, die internationale  
 Regelung des Vogelgesetzes nicht zustande kommen. Für den  
 Stammesvogelgesetz habe man zunächst die Miltigkeit auf den  
 Vögel geltend gemacht; die dürfte in solchen Fragen natürlich  
 nicht nachgeben. Wenn ferner die kleinen Vögel durch For-  
 den des Vögelstammes einen Schaden erlitten würden, so könnte  
 man aus den Erzeugnissen, welche sich bezogen, die die Wälder  
 höherer Vögel eine Menge sehr schädlicher Vögel, an Fährten  
 bei den Forstbüchern ergehen würden, eine Vergütung der nicht  
 beidseitigen Forster ergehen lassen. Den vielen armen Leuten  
 endlich, die gleichfalls einen Nebenverdienst verlieren würden,  
 würde nur ein kleinerer Dienst mit Verbeibehaltung des jetzigen  
 Jahres vorangehen, welche sich bezogen, die die Wälder  
 verunreinigten Stammesvogel inwieweit man überhaupt  
 lieber einen Schritt zu weit gehen als zu wenig thun. (Beifall.)  
 Geheimrath v. Voeltzkow: Ich habe die Abnahme der Stammes-  
 vogel in den letzten Jahren nicht festgehalten, ein Grund zum  
 Antrag des Abg. D. Meyer nicht vorliegt.  
 Abg. D. Vermees scheidet in dem Antrage Meyer einen un-  
 berechtigten Eingriff in alle, liegenschaftliche Seiten.  
 Der Antrag Meyer wird abgelehnt, im übrigen § 8 der Vor-  
 lage mit den Aenderungen nach den Anträgen Baumbach an-  
 genommen.  
 Der Rest des Gesetzes wird ohne Diskussion mit dem vom Abg.  
 Keller (Wälder)trag auf den 1. Juli 1888 beantragten Termin  
 angenommen.  
 Die zum Gesetze beantragte Resolution, „den Bundesrath zu er-  
 suchen, möglichst bald aufgrund vorliegender Beschreibungen inter-  
 nationale Verträge zum Schutze der nützlichen Vögel abzuschließen  
 und hierbei zunächst berücksichtigen zu wollen, daß die jetzigen  
 geltenden Schutzgesetze genügt dem Zwecke der Vögel in den ver-  
 schiedenen Ländern zu werden“ wird vom Abg. Fürst v. Saldern  
 (sonst.) beantwortet, vom Staatssekretär v. Voeltzkow für  
 überflüssig erklärt.  
 Die Abstimmung über die Resolution wie über die Petitionen  
 wird bis zur dritten Beratung verschoben.  
 Es folgen Berichte der Revisionskommission.  
 Die Kommission über die Revision der Bestimmungen der  
 Grundrenten auf den Reichsanstalten Material für die Geset-  
 zgebung zu überweisen.  
 Abg. Struemann (N.) stellt eine Gefahr in der großen  
 Erhaltung von Konventionen zu Wäldern, bei denen die Be-  
 dürftigkeit häufig über den Nutzen hinausgeht. Es wäre auch  
 zweckmäßiger, die Thätigkeit der gemeinsamen Gesellschaften in  
 dieser Richtung den Kommunen zu übertragen. Ein einheitliches

umfassendes Gesetz zur Regelung aller Verhältnisse, die mit der  
 Grundrenten zusammenhängen, sei nicht, nicht das Grundrenten  
 Abg. Schöberl (Dir.) hält ein umfangreiches Gesetz auf diesem  
 Gebiet für schwierig, weil es in der Lebensgenauigkeit des Ge-  
 bietes sehr tief einschneiden würde. Bei uns ist die Grundrenten  
 nicht so allgemein, und deshalb sind bisher für die Bestimmung  
 derselben nur die vornehmsten Klassen eingetreten, nicht die von  
 diesen letzter jedoch verschieden, wie in Amerika und  
 anderen Ländern. Die Grundrenten seien bis jetzt die Frauen,  
 und noch mehrere. Darum würde ein so strenges Gesetz für jetzt  
 kaum angezeigt sein. In England erfolge die Konventionen  
 erstreckung öffentlich, der Grundrenten habe keine Vertheilung  
 vorzuziehen, die interessierten Personen ihre Gründe dagegen an-  
 zuführen, und damit würde eine Genugthuung sein, daß her-  
 trennungswürdige Personen Konventionen nicht erziehen. Ein  
 ähnliches Verfahren empfehle sich vielleicht auch für Deutschland.  
 Der Antrag der Kommission wird angenommen.  
 Es folgt die Petition betr. den Gewerbebetrieb der Schloffer  
 bezüglich der Aenderung von Schloffen und Feilen der Schloffer,  
 resp. Aenderung des § 3 des Reichsgewerbegesetzes.  
 Bundesrath (Dir.) beantragt, daß die Petition den nächsten  
 einer späteren beabsichtigten Sitzung vorzubehalten.  
 Der Antrag wird angenommen.  
 Die zur Erweiterung ungeeigneten Petitionen werden durch  
 Revisionskommission erledigt.  
 Am 21. ist die Tagesordnung erschöpft.  
 Bundesrath (Dir.) schließt 1 Uhr (Handelsvertrag mit Span-  
 gnen, Reichsgewerbe, Petitionen).  
 Schluß 3 Uhr 45 M.

Preussischer Landtag.  
Abgeordnetenhaus.

**25. Sitzung vom 24. Febr., 11 Uhr.**  
 Gegenstand der Tagesordnung ist die Beratung des  
 Antrages auf Ermäßigung des Stempel- für Ver-  
 kehrsverträge, sowie für Pacht- und Miethsverträge über  
 Immobilien.  
 Abg. Hansen (N.) praktische Beispiele an, welche darthun  
 sollen, daß bei oftmaliger Veränderung der Werth des Ver-  
 kehrsgegenstandes durch die häufige Stempelveränderung übermäßig  
 herabgedrückt werde. Bei Pacht- und Miethsverträgen stellen sich  
 Verhältnisse heraus, jedoch dieselbe Steuer für denselben Gegen-  
 stand unterschieden zu hoch, in vielen Fällen ist die Steuer  
 nachhertrag um 1/3 höher, so müßte er die Stempelsteuer für die  
 18 Jahre voraus entrichten, werde er nun nach einem Jahre,  
 so müßte sein Sohn oder Verwandter den Vertrag erneuern und für  
 die übrigen 17 Jahre dieselbe Steuer zahlen. Die Steuer auf  
 Immobilien ist in Verhältnis zur Stempelsteuer auf Mobilien  
 zu hoch, ist diese Ansicht hätten sich schon in früheren  
 Sessions Mittheilung des Hauses ausgesprochen und immer ist  
 die Majorität des Hauses auf dieser Seite gewesen, auch der  
 Reichstag habe eine begünstigende Erklärung abgegeben.  
 Abg. Fürst v. Erla (sonst.) erklärt sich über Ermäßigung der Pacht-  
 und Miethsverträge, er erklärt sich aber gegen eine Verab-  
 regung des Stempelgesetzes, welche auch in den übrigen  
 Sachen nicht anders zu hoch, in vielen Fällen ist die Steuer  
 nachhertrag um 1/3 höher, so müßte er die Stempelsteuer für die  
 18 Jahre voraus entrichten, werde er nun nach einem Jahre,  
 so müßte sein Sohn oder Verwandter den Vertrag erneuern und für  
 die übrigen 17 Jahre dieselbe Steuer zahlen. Die Steuer auf  
 Immobilien ist in Verhältnis zur Stempelsteuer auf Mobilien  
 zu hoch, ist diese Ansicht hätten sich schon in früheren  
 Sessions Mittheilung des Hauses ausgesprochen und immer ist  
 die Majorität des Hauses auf dieser Seite gewesen, auch der  
 Reichstag habe eine begünstigende Erklärung abgegeben.  
 Abg. v. Selow-Saleste (sonst.) erklärt sich namens der Mehr-  
 zahl einer politischen Fraktion für den Antrag und spricht die  
 Hoffnung aus, daß auch der Finanzminister endlich den be-  
 rechtigten Wünschen Gerechtigkeit widerfahren lassen werde. Der  
 Immobilienstempel habe ursprünglich den objektiven Zuwachs  
 treffen sollen, von einem objektiven Zuwachs aber könne bei den  
 heutigen Verhältnissen nicht mehr die Rede sein. Dazu komme  
 der Miltigkeit der Verhältnisse, welche sich bezogen, die die Wälder  
 höherer Vögel eine Menge sehr schädlicher Vögel, an Fährten  
 bei den Forstbüchern ergehen würden, eine Vergütung der nicht  
 beidseitigen Forster ergehen lassen. Den vielen armen Leuten  
 endlich, die gleichfalls einen Nebenverdienst verlieren würden,  
 würde nur ein kleinerer Dienst mit Verbeibehaltung des jetzigen  
 Jahres vorangehen, welche sich bezogen, die die Wälder  
 verunreinigten Stammesvogel inwieweit man überhaupt  
 lieber einen Schritt zu weit gehen als zu wenig thun. (Beifall.)  
 Geheimrath v. Voeltzkow: Ich habe die Abnahme der Stammes-  
 vogel in den letzten Jahren nicht festgehalten, ein Grund zum  
 Antrag des Abg. D. Meyer nicht vorliegt.  
 Abg. D. Vermees scheidet in dem Antrage Meyer einen un-  
 berechtigten Eingriff in alle, liegenschaftliche Seiten.  
 Der Antrag Meyer wird abgelehnt, im übrigen § 8 der Vor-  
 lage mit den Aenderungen nach den Anträgen Baumbach an-  
 genommen.  
 Der Rest des Gesetzes wird ohne Diskussion mit dem vom Abg.  
 Keller (Wälder)trag auf den 1. Juli 1888 beantragten Termin  
 angenommen.  
 Die zum Gesetze beantragte Resolution, „den Bundesrath zu er-  
 suchen, möglichst bald aufgrund vorliegender Beschreibungen inter-  
 nationale Verträge zum Schutze der nützlichen Vögel abzuschließen  
 und hierbei zunächst berücksichtigen zu wollen, daß die jetzigen  
 geltenden Schutzgesetze genügt dem Zwecke der Vögel in den ver-  
 schiedenen Ländern zu werden“ wird vom Abg. Fürst v. Saldern  
 (sonst.) beantwortet, vom Staatssekretär v. Voeltzkow für  
 überflüssig erklärt.  
 Die Abstimmung über die Resolution wie über die Petitionen  
 wird bis zur dritten Beratung verschoben.  
 Es folgen Berichte der Revisionskommission.  
 Die Kommission über die Revision der Bestimmungen der  
 Grundrenten auf den Reichsanstalten Material für die Geset-  
 zgebung zu überweisen.  
 Abg. Struemann (N.) stellt eine Gefahr in der großen  
 Erhaltung von Konventionen zu Wäldern, bei denen die Be-  
 dürftigkeit häufig über den Nutzen hinausgeht. Es wäre auch  
 zweckmäßiger, die Thätigkeit der gemeinsamen Gesellschaften in  
 dieser Richtung den Kommunen zu übertragen. Ein einheitliches





